

# Die Wahrheit über die „Grenel“

Schnelle Aufklärung.

Die neutrale Kommission zur Untersuchung der uns von der gegnerischen Lügenpresse angebotenen „Berwüstungen“ im Rückzugsgebiete setzt sich zusammen aus dem spanischen Gesandten Marquis Wilalobar, dem holländischen Gesandten Herrn van Volenhoven und folgenden Delegierten der Relief-Kommission: dem Spanier Saura, dem Niederländer Langenberg, dem Belgier van Bree.

## Wann kommt Wilsons Antwort?

Die Londoner „Times“ meldet aus New York: „In Erwartung der deutschen Antwort ist der Senatsausschuß für Dienstag mittag einberufen. In ihm wird Lansing voraussichtlich schon die Antwort Wilsons auf die neue deutsche Note, die stündlich erwartet wird, bekannt gegeben.“

Es ist also damit zu rechnen, daß die Antwort bereits am Mittwoch oder Donnerstag eintreffen kann.

## Ein seltsamer Vorschlag.

Der Schriftsteller Richard Dehmel wendet sich mit einem Aufruf an den sozialdemokratischen „Vorwärts“, um der „einzigen Rettung“ den Weg zu bahnen. Es heißt da:

„An der Front dürfen nur noch Männer stehen, die in der Tat lieber sterben wollen als einen schmachvollen Frieden erleben. Es sind zu viele draußen, die widerwillig kämpfen. Man stelle ihnen frei, zurückzugehen; hinter der Front gibt's Arbeit genug für jeden. Man sehe niemand scheel darum an; mancher von ihnen hat gute Gründe. Wer aber schlechte Gründe hat, gehört erst recht nicht auf einen Posten, wo nur der Opfermut des Ehrgefühls noch den Ausschlag zu geben vermag. Die Zeit ist vorbei, wo man den Schützengraben zur Strafanstalt erniedrigen durfte. Man wende nicht ein, dann werde die Front schon nach acht Tagen zu schwach besetzt sein; hunderte mutige Männer sind stärker allein als in Gemeinschaft mit tausend Memmen. . . . Der schwache Körper hat Wunderkräfte, wenn ihn ein edler Wille besetzt; und in vier Wochen kann jeder die Handgriffe lernen, die zur Verteilung unserer Volkshere und Menschenwürde jetzt nötig sind. Dann wird die Front stark genug besetzt sein, daß sich ein deutsches Maschinengewehr mit zehn feindlichen Mielenverfern, eine Kanone mit zehn Tants messen kann. Wenn aber nicht, wenn wirklich Deutschland durch unseren geistverlassenen Großmachtsbetrieb so in Grund und Boden verwirtschaftet ist, daß die große Mehrzahl seiner Mannschaft lieber ein würdeloses Leben als einen würdigen Tod erwählt, dann, wissen wir wenigstens Bescheid.“

## Politische Rundschau.

— Berlin, 22. Oktober 1918.

:: Eine politische Amnestie haben wir soeben in Belgien erlassen. Für diejenigen Belgier, die ihre Strafe in Deutschland verbüßen, ist ein gleicher Gnadenakt in Vorbereitung.

:: Antisemitismus und Sozialdemokratie. Mitteilungen über die Behandlung der Judenfrage auf dem letzten Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie in München bringt das „Frankf. Volksblatt“ in Würzburg. Danach hat der Führer der bayerischen Sozialdemokratie, Abg. Auer, ausgesprochen, daß der Antisemitismus gegenwärtig eine wesentliche Rolle in den Parteiauerungen spiele und daß diese Frage allem Anschein nach auch nach dem Kriege von Bedeutung sein werde. Aus verschiedenen Orten Nord- und Südbayerns, so führte Auer aus, sind mir Zuschriften von Parteigenossen zugegangen, denen ich entgegennehme, daß auch in unseren Organisationen die Massenfrage zur Erörterung kommt und daß dabei ein Standpunkt eingenommen wird, der meiner Meinung nach falsch ist. Es wird behauptet, daß die Juden in ihrer Mehrheit vom gefährlichen, schweren Militärdienst sich systematisch drücken, daß, wenn sie es bei den Druckpunkten zu Vorgesetzten gebracht haben, sie mit den ihnen unterstellten Soldaten und den mit ihnen zum Verkehr gezwungenen Zivilpersonen in der hochfahrendsten und verletzendsten Weise verfahren. Es wird weiter gesagt, daß, während diese zum Teil baumstarken Leute sich vom Militärdienst drücken, Frauen und Mädchen im Felde Verwendung finden. In zwei Schreiben wird behauptet, daß die Israeliten für sich Wahrung ihrer religiösen Anschauungen verlangen, während sie auf die Gefühle anderer keine Rücksicht nehmen, und daß die israelitischen Frauen durch ihren Kleideraufwand geradezu aufreizend wirken. Weiter wird behauptet, daß sie beim Hamstern die wildesten Preistreiber seien, und daß diese Preistreiberei noch gesteigert werde durch Warentausch, den sie systematisch und planmäßig betreiben. In einzelnen Städten ist man daran gegangen, Listen anzulegen und diese Listen bei den Behörden einzureichen. Wir wurden mehrere solcher Listen zugesandt mit der Aufforderung, dieses Vorgehen zu unterstützen und zu fördern. Auf der Liste eines solchen Ortes befinden sich nicht weniger als 50 Namen unter Angabe von Stand und Wohnung.

Abg. Auer erklärte dazu, daß er mit rücksichtslosestem Vorgehen gegen das Drückberger-Umwesen usw. völlig einverstanden sei, es aber als falsch bezeichnet müsse, zu diesen Fragen unter dem Gesichtswinkel der Rassenzugehörigkeit Stellung zu nehmen.

:: Eine Zeitung für die „Unabhängigen“ fehlt den Abg. Haase u. Gen. in Berlin noch immer. Anfangs hatten sie die Redaktion des „Vorwärts“ in der Hand, aber die Geschäftsleitung dieses Unternehmens fiel der Redaktion in die Parade, die Redaktion „flog“, wie schon vor 5 Jahren die „edlen Sech“, und seitdem kämpfen Haase, Lebebour u. Gen. um das Recht, eine Zeitung herauszugeben zu dürfen. Jetzt teilt die radikal-sozialistische „Leipziger Volkszeitung“ mit: „Die Berliner Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie forderte die Genehmigung zur Herausgabe eines Tagesblattes in Berlin. Ein entsprechendes Schreiben ging an den Reichskanzler ab.“

Haase nach dem Schicksal des Schreibens. Darauf erhielt er die Antwort, die Angelegenheit sei dem preussischen Kriegsministerium übergeben worden! Eine neue Frucht der „Demokratisierung“, ein weiteres Zeichen dafür, was von der „Volksregierung“ zu erwarten ist: der Kriegsminister entscheidet darüber, ob ein politisches Blatt erscheinen soll oder nicht!

:: Erwachender Völkereifer. Die in Warschau erscheinende Zeitung „Nowa Gazeta“, ein polnisches Blatt, ist amtlich vom Morgen des 16. Oktober an bis auf weiteres geschlossen worden. Von den zuständigen deutschen Behörden wird hierzu bemerkt, daß die Redaktion dieses Blattes selbst diese Maßregel notwendig gemacht habe, weil sie auch den erleichterten Zensurbestimmungen, die für die Presse im Generalgouvernement getroffen worden sind, sich widersetze. Zum erstenmal seit dem Bestehen des Generalgouvernements haben sich die zuständigen Stellen genötigt gesehen, jetzt zu einem Zeitungsverbot zu greifen. Bei dieser Maßnahme kam auch noch der Gesichtspunkt in Betracht, die für die gesamte Presse des Landes geschaffenen Erleichterungen nicht durch das herausfordernde Verhalten eines einzigen Blattes schädigen zu lassen.

:: Neuorientierung auch in Bayern. Im Finanzausschuß der bayerischen Kammer, der alle wichtigen Fragen vorberät, kam auch die „Parlamentarisierung Bayerns“ zur Sprache. Es wird über die streng geheimen Verhandlungen behauptet, daß Bayern fünf parlamentarische Minister ohne Portefeuille bekommen sollte, und zwar aus dem Zentrum zwei und den anderen Parteien je einen, die dem gesamten Staatsministerium beigegeben werden sollen. Diese Minister sollen von der Abgeordnetenversammlung nur auf die Dauer jeder Legislaturperiode nach den Vorschlägen der Parteien zu delegieren sein. Auch über die Einführung der Verhältniswahl soll, wie verlautet, eine Einigung erzielt worden sein. Das Zentrum, das zwar seine Machtstellung nicht einbüßen will, hat aber Einsehen genug, einzulassen. — Die Reformen der Reichsratskammer (Oberhaus des Parlaments) sollen in einer Ergänzung durch Mitglieder bestehen, die von den verschiedenen Berufsinteressengruppen, auch den Arbeitern, präsentiert werden. Sicher ist nur, daß bei den Verhandlungen alles noch in Fluss ist, und auch die vorstehend mitgeteilten Projekte sind auf jeden Fall nur Grundlagen von Verhandlungen, keineswegs bereits fertige Pläne.

## Portugal: Ein Putsch politischer „Sträflinge“!

Die strubbellose Verhaftung von Kriegsgegnern scheint neuerdings Schwierigkeiten zu machen: Politische Sträflinge griffen in der Hauptstadt Lissabon auf dem Transport zum Gefängnis die Polizei mit anderen Sträflingen zusammen an. Bei dem Aufruhr wurden sieben Sträflinge getötet und eine Anzahl verwundet.

## Deutscher Reichstag.

— Berlin, 22. Oktober 1918.

Im Reichstage teilte heute der Präsident Fehrenbach mit, daß der Reichstag der Kaiserin zu ihrem Geburtstage die Glückwünsche ausgesprochen habe.

Unter Absehung der „kleinen Anfragen“ trat das Haus dann sogleich in die Verhandlungen ein über die neuen Gesetze zur Reichsverfassung.

Das sind der Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichskanzlers und die Vorlage über die Einleitung des Reichstages bei Kriegserklärungen und Friedensschluß. — Erster Redner war

Reichskanzler Prinz Max von Baden: Das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswertes zu sehen glaubt. Die erste Antwort des Präsidenten Wilson auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage: Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden? auf den Höhepunkt geführt. Die letzte Note Wilsons hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungstreit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgiltige Gewißheit bringen. Bis dahin müssen wir uns in allen unseren Gedanken und allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten stützen:

Erstens darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, daß

### bis zum Mefferstein

geht. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes sprechen durfte, als sie für den Frieden handelnd eintrifft. (Beifall.) Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt, hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflös dem Gewaltfrieden zu beugen. (Beifall.)

Aber auch die zweite Möglichkeit müssen wir heute schon ins Auge fassen. Das deutsche Volk hat heute ein die Frage zu stellen, wenn nun ein Friede auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustande kommt —

### was bedeutet das

für unser Leben und für unsere Zukunft? Ja, es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite für unsere Machtstellung. Es soll nicht mehr gelten, was wir selbst für recht halten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Gegnern für recht erkannt wird. Eine schwere Ueberwindung für ein stolzes, und sieghedohntes Volk, denn die Rechtsfrage macht nicht Halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen dürfen. Wir ist von vielen Seiten entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Unterwerfung unter ein deutscheindliches Tribunal bedeutet. Wenn dem so wäre — warum scheuen denn da alle die extremen Machtpolitiker in der Entente das Verhandlungszimmer wie der Schuldige das Gericht!

Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms

## Völkereifer.

Er kann gar nicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Völker sich zur nationalen Selbstüberwindung auflassen.

Er verlangt die Aufhebung der unbedingten Selbständigkeit in innerpolitischen Fragen, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war und zwar von uns wie von den anderen Völkern. Das wird für unsere Zukunft ganz von Bedeutung sein, in welchem Geiste wir dieser notwendigen

Entwicklung auch innerlich zu folgen vermögen. Wenn wir nicht innerlich folgen können, dann gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung, dann bleibt das Gefühl der Demütigung in uns zurück. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sieg der Rechtsidee unseren eigenen Empfinden nicht widerstrebt, wenn wir ihn nicht mit innerem Vorbehalte annehmen, sondern ihn für uns voll anerkennen, so liegt darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und für die Aufgaben unserer Zukunft wollen wir uns mit aller Sachlichkeit, allem Ernst und Gewissenhaftigkeit, die unser Volk stets ausgezeichnet haben, widmen.

Darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges wie des Friedens nur gewachsen sein werden durch die volle Durchführung unseres Regierungsprogrammes, das die

### entschiedene Abkehr von dem alten Wege

bedeutet. (Lebhaftes Bravo links und in der Mitte.)

Von diesen Grundgedanken geleitet, habe ich die Schritte getan, die im Innern Deutschland freiheitliche Zustände herbeiführen sollen.

Die Reform des Wahlrechts in Preußen ist durch das dankenswerte Entgegenkommen der Parteien soweit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen gesichert ist. (Lebhaftes Bravo.) Es wird den Mitgliedern dieses hohen Hauses die Möglichkeit geben, in die Reichsleitung einzutreten, ohne daß sie den Sitz in diesem Hause verlieren. Der Entwurf schlägt ferner eine Aenderung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor.

Im Zusammenhang damit stehen die Vorarbeiten zum rechtlichen Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die durch die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes gesichert werden soll.

Das neue Schlimm der Reichsregierung hat auch eine neue Regierung in den Reichsländern zur natürlichen Folge gehabt.

Der Entwurf, der die Aenderung des Artikels 11 der Reichsverfassung bezweckt, enthält die Festlegung des Grundgedankens der neuen Regierungsart. Er will, daß der Reichstag als berufene Vertretung des Volkes bei der Entscheidung über wichtige Lebensfragen der ganzen Nation, bei der

### Frage über Krieg und Frieden

das volle Recht der Mitbestimmung hat. (Lebhaftes Bravo links und in der Mitte.) Darin liegt eine Gewähr für die friedliche Weiterentwicklung des Reiches und seiner Beziehungen zu den anderen Mächten.

### Der Kriegszustand

hat in allen Ländern drückende Einschränkungen der Staats- und bürgerlichen Freiheit zur Folge gehabt. Ihre volle Wiederherstellung wird uns aber erst der Frieden bringen. Die außerordentlichen Vollmachten der Kriegszeit sind im Augenblick noch nicht entbehrlich. Sie können aber jetzt nur noch im Einverständnis mit dem Reichskanzler ausgestellt werden, der für die Ausführung dem Reichstag verantwortlich ist. Unbillige Härten sollen durch diese Regelung vermieden werden.

Die Anordnung des Kaisers, die ich am 5. Oktober anfündigte, ist inzwischen ergangen auf dem Gebiet der Zensur, des Vereins- und Versammlungsrechts und der Beschränkung der persönlichen Freiheit, auch in Bezug auf die Tätigkeit der volkziehenden Gewalt, auch auf die Arbeitsgebiete der wirtschaftlichen und sozialen Politik.

Wenn sich der lokale Militärbefehlshaber mit der bürgerlichen Verwaltungsbehörde nicht einigt, so ist unverzüglich die Entscheidung des Obermilitärbefehlshabers einzuziehen, und dieser kann keine Entscheidung oder Anordnung treffen, der ich nicht selbst oder durch meinen Vertreter zugestimmt habe. Als mein Vertreter hierfür ist der Staatssekretär G r ö b e r in Aussicht genommen.

Auf meinem Programm vom 5. Oktober stand auch die Begnadigung von Personen, die wegen politischer Vergehen oder Verbrechen besonders im Zusammenhang mit Arbeitseinstellungen und Streikhandlungen verurteilt worden sind. Eine weitgehende Amnestie ist vom Kaiser bei sämtlichen Bundesregierungen angeregt worden und in der Ausführung begriffen. (Lebhaftes Beifall links.)

Von diesen Verurteilten haben viele in großer Zahl ihre Freiheit heute schon wiedergewonnen. (Beifall links.) Allen Schritten auf der neuen Bahn, die ich aufgezeigt habe, haben alle verfassungsmäßigen Instanzen zugestimmt. Wenn Sie, woran ich nicht zweifle, den Vorlagen auch Ihrerseits zustimmen, so wird die Volksregierung fest und unerschütterlich in dem Reichsgesetz verankert werden. Das Ziel, zu dem wir streben, ist die politische Mündigkeit des deutschen Volkes. (Lebhaftes Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Gerold (Ztr.): Den Ausführungen des Kaisers über unsere innerpolitische Entwicklung und die Friedensbestrebungen stimmen wir zu. Das Volk hat durch diese freiheitliche Entwicklung seine Geschichte selbst in die Hand genommen, die neue Regierung ist das ausführende Organ des Volkswillens. Wir verlangen die Zustimmung des Reichstages bei Entscheidungen über Krieg und Frieden, sowie ein Verantwortungsrecht für den Kanzler. Den Vorwurf unheimlicher Handlungen, den die Feinde gegen unsere Soldaten erheben, weisen wir mit Entrüstung zurück. Was jetzt vor sich geht, hätte vermieden werden können durch Annahme unseres Waffenstillstandsangebots. Wenn es nötig ist, muß der letzte Mann zur Rettung des Vaterlandes aufgebieten werden, der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Abg. Ebert (Soz.): Nur demagogische Vorlesungen kann behaupten, daß die Demokratie durch die Übergabe deutschen Landes zur Macht gelangen wollte. Dem Geruch an Wilson haben alle besonnenen Zustände zugestimmt. Jetzt hat Wilson Gelegenheit, sich als der rechtschaffenste Mann zu bewähren. Die Wilson-